

Irans nukleare und Indianas religiöse Einschränkung

Zusammenfassung der US-Berichterstattung vom 30.03. bis 03.04. 2015

(hb) In dieser Woche richtete die US-Presse ihr Augenmerk auf die Einigung im Atomstreit mit Iran und die Probleme, die der Religious Freedom Restoration Act im Bundesstaat Indiana nach sich zog.

Nach zwölf Jahren andauernder Verhandlungen einigten sich der Iran, die USA und vier weitere UN-Mitglieder sowie Deutschland auf ein Rahmenabkommen zum Abbau des iranischen Nuklearprogramms. Der Iran stimmte regelmäßigen Kontrollen seiner nuklearen Aktivitäten sowie einer schrittweisen Verminderung angereicherten Urans zu. Bestätigen die Inspektionen die Verwirklichung der Verpflichtungen seitens des Irans, werden im Gegenzug die internationalen Sanktionen vorübergehend aufgehoben. Obgleich das Land laut der *Los Angeles Times* durch „sehr spezifische und ziemlich beruhigende“ Bedingungen von der Herstellung von Nuklearwaffen abgehalten wird, sei es „ein Wagnis, dem Iran zu vertrauen“. Die Ursache dieses Misstrauens sei, dass der Iran in der Vergangenheit nur ungenügende Antworten auf Fragen zum militärischen Umfang seines Atomprogramms gab. Auch die *Washington Post* und die *New York Times* befürchteten, dass der Iran den bislang praktizierten Mangel an Kooperation beibehalten wird.

Der US-Staat Indiana nahm in dieser Woche weniger freiwillig die Chance wahr, die Schlagzeilen zu erobern. Sein republikanischer Gouverneur verabschiedete den sogenannten „Religious Freedom Restoration Act“; dieses Gesetz besagt, der Staat dürfe die Rechte einer Person, seine Religion auszuüben, nicht einschränken. Indignierte Amerikaner äußerten sich über das Gesetz, welches eine Diskriminierung Homosexueller faktisch erlaubt. Die Kritiker meinen, es könnte von lokalen Geschäften und Dienstleistungsträgern wie Restaurants, Bäckereien und Blumenläden benutzt werden, um gleichgeschlechtlichen Paaren Dienstleistungen zu verweigern. Auf Grund öffentlichen Drucks seitens der demokratischen

Partei sowie mehreren einflussreichen Unternehmen willigten die Republikaner ein, das Gesetz zu revidieren. Die *The New York Times* klärt auf, dass auch „Rechtsexperten meinen, die Reichweite des Indiana Gesetzes wäre von Gegnern überspitzt“ worden. Konträr verurteilt die *Los Angeles Times* den Gouverneur, welcher darauf bestand, dass das Gesetz in keiner Weise diskriminierende Absichten gehabt habe, indem sie meint, er hätte „ehrlich zugeben müssen“, dass er hinter dem Gedanken des ursprünglichen Gesetzes stand. Gegner des Gesetzes vergleichen es mit den rassistischen Gesetzen in den Südstaaten, die bis 1964 gültig waren.

Quellen:

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com